

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 175.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 70.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Mark. — Klebampere: Die Millimeterzeile 4 gespaltene oder deren Raum im Text 500.— Mark.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Austräger Einzelnummer 250 Mt. 1200.— Mt. pro Woche. Durch die Post 6500.— Mt. pro Monat und Guthrift des Differenzbetrages für Monat Juli.— Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstr. 60 Postfachkonto: Breslau Nr. 310 50. — Fernspr.: Breslau, Ring 8837

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 137.

Freitag, den 15. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Die Agrarier lügen wie gedruckt!

Die ober-schlesische Betriebsrätekonferenz setzt die Bedingungen für Arbeitsaufnahme fest / Die Gärung bei den Eisenbahnern

Die Bedingungen der Arbeitsaufnahme

Ostb., 15. Juni.

Die gestern stattgefundenen Betriebsrätekonferenz für Oberschlesien hat nach eingehender Besprechung der Lage beschlossen, daß von den einzelnen Belegschaften die Arbeit wieder aufgenommen werden soll, wenn die Unternehmer folgende Bedingungen annehmen: **Wiedereinstellung aller Streikenden, keine Maßregelungen und Auszahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe von 300- bis 500000 Mark in Form einer Vorschusszahlung gegen 10maligen Abzug, keine Kürzung der Deputatslohn und der Urlaubstage.** Die sofortige Freilassung des Genossen Margraf wurde ebenfalls gefordert. Die Belegschaften werden heute zu den Beschlüssen Stellung nehmen. Es ist zweifelhaft, ob die Hauptmasse der Streikenden die Arbeit aufnehmen wird, da die Stimmung infolge der Propaganda der "Schupo" und der Unternehmer äußerst gereizt ist.

Schroffe Abweisung der Streikdeputation in Opheln

Die nach Opheln an die Regierung entsandte Deputation der Streikenden wurde scharf abgewiesen. Der Regierungsvertreter erklärte, daß er genügend Maschinengewehre zur Verfügung habe und vor Anwendung aller scharfster Mittel nicht zurückschrecke, auch dann nicht, wenn ein Wutbad entstände.

Abbruch des Waldenburger Bergarbeiterstreiks

Der Streik der Waldenburger Bergarbeiter wurde abgebrochen. Durch vorübergehende Flugblätter und eine schäbige Haltung der "Schlesischen Bergmacht", gelang es der Gewerkschaftsbürokratie, Verwirrung in die Reihen der Streikenden zu tragen. So wurde der Wille der Arbeiterschaft als "Druck der Straße" beschimpft. Es ist zweifellos, daß nur der Streik die Lohnverhandlungen etwas beschleunigt hat. Heute ist der Kampfgeist der Waldenburger Bergarbeiter ungebrochen. Die Sympathie für die SPD ist ungeheuer gemacht. Wir kommen morgen eingehend auf den Waldenburger Streik zurück.

Der Kampf der Eisenbahner

Gestern nachmittag fand in Breslau nach Dienstschluss eine Demonstration von etwa 7- bis 8000 Eisenbahnern statt. Die Maßnahmen gegen die unheimlich anwachsende Zenerung verlangten. Kollege Suhmeier vom OGB, der vor dem Gebäude der Eisenbahndirektion sprach, stellte in den Vordergrund die "Ruhe und Besonnenheit". Die Demonstranten stellten einstimmig in Form einer Resolution, die der Regierung überwiesen wurde, folgende Forderungen auf:

1. Eine gerechte Entlohnung, die sich dem wahren Lohn anpaßt.
2. Entlohnung in wertbeständiger Währung.
3. Die Vorschusszahlung von 34000 Mark wird restlos niedergeboren. (In der ursprünglichen von der Gewerkschaft vorgelegten Resolution wurde die Rückzahlung in 5 bis 6 Raten verlangt; die hungernden Eisenbahner drangen aber auf vollständige Niedererschlagung!)

Breslau, 15. Juni.

Die katastrophale Forderung der Entlassung von 40000 Eisenbahnern und -arbeitern hat die Ortsverwaltung des OGB veranlaßt, in einem offenen Brief die am Reichslohntarif beteiligten Organisationen, sowie die drei Arbeiterparteien und die Betriebsräte der Reichseisenbahn zu einer Sitzung einzuladen. In derselben soll eine einheitliche Marschroute für alle Eisenbahner für die bevorstehenden Lohnkämpfe gefunden werden, um den zersplitterten Kampf in Berlin und Oberschlesien zu vermeiden. Außerdem hat die Ortsverwaltung für Ende Juni eine öffentliche Eisenbahner-Rundgebung zum gleichen

Zweck anberaumt. — Im Laufe des gestrigen Tages erfolgte im Bereich des Reichseisenbahndirektionsbezirktes Berlin eine mehrstündige Arbeitseinstellung.

Faustbider Agrarierchwindel

Breslau, 15. Juni.

Daß die Agrarier sich auf Kosten der Gesundheit des deutschen Volkes die Taschen füllen, daß sie wuchern und schieben, daß sie den Staat um die Steuern betrügen, das wissen ja alle. Auch daß sie ab und zu lieber etwas mehr als zu wenig schwindeln müssen, weiß wohl jedes Kind!

Nun aber hat dieses Gefindel gewagt, so faustbide Lügen an die Anschlagssäulen zu kleben, daß man über die Unverschämtheit staunen muß, mit der dieses Ausbeuterpack es unternimmt, Stimmung zu machen gegen den betenden Landarbeiter bei derselben Stadtbevölkerung, die es täglich am hundertfachen Maassspurt, welches Lagerfeuer sich da draußen auf den Landerschiffen breit macht, die da ganz genau weiß, wem sie es zu verdanken hat, daß die Kinder in der Stadt dahinsiechen und langsam sicher zu Grunde gehen.

Die Agrarier rechnen da der Stadtbevölkerung etwas vor, um den Städtern zahlenmäßig zu beweisen, daß der Landarbeiter heute womöglich gar der bestbezahlte Arbeiter sei.

Das wäre alles sehr richtig, wenn es nicht so einfachlich falsch gerechnet wäre. Zum Beispiel: 20 Zentner Deputatgetreide sind mit 1819 440 Mark berechnet, richtig ist eine Summe, die etwa 400 000 Mt. geringer ist.

36 Zentner Speisekartoffeln werden mit 5000 Mt. je Zentner berechnet, obgleich die Hälfte dieser Kartoffeln — und hierbei gibt es keine Ausnahme — Futterkartoffeln sind. Es sind also auch hier 72 000 Mt. abzurechnen.

Den Zentner Kohle mit 17 800 Mt. zu berechnen, ist eine Unverschämtheit, wenn man bedenkt, daß der Landarbeiter in der Mehrzahl der Fälle nur Staub und Dreck erhält, da die Stücker von der Lokomotive gebraucht werden. Hier von sind gut 148 000 Mt. zu streichen.

Die vier Raummeter Holz, die da mit einem Preise von 30 000 Mt. berechnet werden, sind oft und meist so geringer Qualität, daß es gerecht wäre, hier die Hälfte des Preises anzusetzen.

Bei der Margarine geht zunächst einmal 2000 Mark pro Pfund ab, da der Landarbeiter heute noch die Margarine mit 8000 Mark kaufen kann. Der Agrarier ist das Wuchern natürlich so gewohnt, daß er gleich 10 000 Mt. verlangt. Und dann ist die Sache mit der Margarine überhaupt Schwundel, denn der Landarbeiter bekommt keine Margarine, will auch keine haben.

Weiter sind die Kartoffeln von dem viertel Morgen Kartoffelland der Zentner mit 5000 Mark berechnet. Das ist ja nun doch eine Frechheit, die nur so ein vollgefressener Agrarier ausbringt! Diese Menschenausbeuter rechnen den Zentner zum Marktpreise, abgleich sie weiter nichts dazu getan haben, als gepflügt und gedüngt. Die Saatkartoffeln hat der Landarbeiter selbst gegeben, in der arbeitsfreien Zeit, am Sonntag hat er sie gesteckt, am Sonntag behäufelt, am Sonntag geerntet, womöglich auf dem Rücken noch vom Felde nach Hause getragen. Auf den Agrarier entfallen beim Zentner in Wirklichkeit ungefähr 75 Mt. Wert; diese abgefeimten Schwindler aber setzen 5000 Mark an.

Die Anschlagssäulen geben einen Gesamtdeputatwert von 4231 240 Mt. an, in Wirk-

lichkeit beträgt er jedoch 3053 740 Mt. Nun müssen Mann und Frau zusammen 100 Stunden in der Woche arbeiten, um dieses Deputat zu verdienen, macht also pro Arbeitsstunde einen Deputatwert von 587 Mt. und nicht von 1489 Mark, wie der durch und durch verlogene Agrarier behauptet.

Weiterhin berichten die Plakate von den Nebeneinnahmen, die der Landarbeiter aus der Viehhaltung habe. Wir sind der Meinung, daß der Arbeitgeber gar keine Veranlassung hat, auch das noch als seine Ausgabe zu buchen, denn die Schweinehaltung ist eine Privatsache des Landarbeiters, ebenso wie die Hühnerhaltung, und kostet dem Landarbeiter Geld, das er seinem, wie wir bewiesen, gewiß sehr spärlichen Stundenlohn entnehmen muß und kostet ihm eine Riesearbeit, die ihn über Mittag und Abend, also in der Freizeit in Anspruch nimmt.

Den Zentner Getreide, den der Ackerfutscher für die Ackerpflege erhält, die er bei der Pferdepflege leistet, hätte der Agrarier erst gar nicht auf dem Plakat vermerken dürfen. Er hat sich damit nur blamiert.

Umgerechnet bedeutet das pro Stunde Mehrarbeit 68 Mark, so daß sich also der Stundenlohn für den verheirateten Ackerfutscher und seine Frau nicht vermehrt, sondern vermindert dadurch, daß er erhebliche Mehrarbeit gegen billige Bezahlung leisten muß.

Der Agrarier lügt wie gedruckt.

Die Krantjunter fordern gewalttätige Niedererschlagung des Streiks

Der Reichslandbund hat nunmehr seine Forderungen an die Reichsregierung in einer Denkschrift formuliert. Es wird gefordert unter dem Vorwand, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden muß, die Unmöglichkeit aller Streiks von landwirtschaftlichen Arbeitern. Wörtlich heißt es:

„Ebenso wenig kann die Landwirtschaft ihre Verpflichtungen erfüllen, solange die schaffende Arbeit durch Terror und Unruhen sogar unter staatlicher Duldung, gestört wird. Daher muß die Staatsgewalt entschlossen sein, ihre Machtmittel ohne jede Rücksichtnahme auf Parteistromungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einzusetzen.“

Die „Deutsche Zeitung“ weist in diesem Zusammenhang eigens auf das schlesische Beispiel hin.

In der Tat gehen die Junker jetzt schon daran, auf eigene Faust den Landarbeiterstreik mit Gewalt niederzuschlagen. Im Landkreise Neumarkt und in verschiedenen anderen Gegenden Schlesiens kam es bereits zu Zusammenstößen zwischen den streikenden Landarbeitern und den durch die Unternehmer verwendeten faschistischen Streikbrechern.

Ebenso hat man auf dem Dominium Bassen im Kreise Trebnitz, auf Rittergut Biegnitz, Kreis Olgau, sowie am gleichen Tage auf dem Rittergut Deutsch-Steine, Kreis Olgau, 60 Rothelfer eingesetzt.

Die Landarbeiter lassen sich aber auch durch Gewaltmittel nicht einschüchtern. Die Krantjunter treibt sie zum äußersten und sie werden mit einer Verschärfung des Streiks antworten!

Ein gutes Geschäft. Die Deutsche Handelsbank A. G. erhöht ihr Kapital von 100 Millionen auf 600 Millionen Mark. Hieron sollen den Aktionären auf jede der bisherigen Aktien zwei junge Aktien zu 250 Proz. angeboten werden. Das ist bei dem Währungsverlust, den heute jede Aktie hat, ein glattes Geschenk.

Dollar 110 000!

Ein neuer Markzusammenbruch! Der Dollar ist gestern auf über 110 000 gestiegen. (Vor einem Jahr noch auf 300, am 17. April, am Tage vor dem Ende der Stützungsaktion, auf 20 000.) Die lumpige österreichische Krone hat gegenüber der noch lumpigeren Mark 50 Prozent der Friedensparität überschritten. Die Wärsenberichte stellen fest, daß eine große Geldfülle vorhanden ist, d. h. daß die Reichsbank und die Reichsregierung durch die Hilfe der Unternehmer in die Lage setzen, die Mark immer tiefer zu stützen.

Die hier in Lo verhöhten sind durch diese neue Dollarsteigerung weit überholt. Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten ist seit gestern, am Dollartage gemessen, um über 20 Prozent gesunken.

Die Schwerindustriellen-Aktien, insbesondere die Westere, machen riesige Kursstürze, teilweise über die Dollarsteigerung hinaus. Kurssteigerungen bis 300 000 Prozent waren nichts außergewöhnliches. Die Stinneswerte Riebeck, Montan und Gelsenkirchen z. B. stiegen über eine Million. Entsprechend stiegen die Kurse auf dem Produktmarkt. Weizen, Roggen, Mehl gingen rapid in die Höhe. Neue Kohlen- und Kalkpreiserhöhungen sind angekündigt. Die Kleinhandelspreise folgen.

Der neue Markzusammenbruch, gefördert durch die Kredite der Reichsbank und der Regierung, wirkt den Raubvögeln der Schwerindustrie neue Riesengewinne in den Schoß, und verfehlt der merkantilistischen Bevölkerung neue Stockschläge auf den Magen. In einem Pörsentag ist ein Strich gemacht durch ihre letzten Lohnbewegungen.

Dieser neue Markzusammenbruch ist zugleich ein neuer Dolchstoß in den Rücken der an der Ruhr gegen Poincare kämpfenden Arbeiterschaft. Während die Mäuler der Industriehyänen trüben von patriotischen Phrasen, vom Durchhalten im passiven Widerstand, — sprechen sie die Front der Arbeiterschaft in krasser Sabotage von der Börse her in die Luft.

Wie im Westen und im Zentrum Deutschlands — so an der Ostgrenze, in Oberschlesien. Die ober-schlesischen Zechenbarren, indem sie der Arbeiterschaft das Brot zum Leben verteuern, indem sie die Arbeiterschaft durch bayerische Faszienshänden provozieren, regen sie direkt die polnische Bourgeoisie dazu, die Gelegenheit zu benutzen.

Die Regierung des Herrn Wilhelm Cuno trägt durch ihr Handeln wie durch ihr Unterlassen die volle Verantwortung sowohl für diese neuen verhängnisvollen Stöße gegen die Arbeiterfront gegen Poincare, wie für die neuen tausenden Schläge der Hungerpeitsche.

Was tut die Regierung des Herrn Wilhelm Cuno? Die Passivität, die sie nach außen nicht zu halten vermag, übt sie im Innern. Was ist von ihr zu erwarten? Nichts. Sie liquidiert den Ruhrkampf.

Arbeiter und Angestellte müssen, wenn sie nicht vollends verelenden und verkommen wollen, sich höhere Reallohne erkämpfen.

Gleichzeitig muß politisch der Kampf aufgenommen werden gegen die Regierung des Herrn Wilhelm Cuno, für eine proletarische Regierung, die den Kapitalshyänen das Antlitz auf die Brust setzt, und die ganze Wirtschaft unter strenge Arbeiterkontrolle bringt.

Die SPD- und Gewerkschaftsinstanzen bitten stiller wieder einmal bei Herrn Cuno.

Die werktätigen Massen aber müssen kämpfen. Die Kommunistische Partei an ihrer Seite.

Sympathiestreik der Industriearbeiter für die Landarbeiter

In Olgau sind sämtliche Industriearbeiter in den Sympathiestreik für die Landarbeiter getreten. Am Dienstag fand eine Demonstration der Olgauer und der umliegenden Ortsgemeinden statt, an der sich 12- bis 15 000 Arbeiter beteiligten.

Klassen-Bettelei

Ab und zu hört man die sozialdemokratische Presse klagen. Sie ist das Sprachrohr der offiziellen Sozialdemokratie. Wenn sie klagt über die Armut des Volkes, über Hunger und Elend, dann erholt sie sich von den Strapazen der üblichen Volkswirtschaftslehre. Manchmal geht das Jagen und Klagen nebeneinander her, steht ineinander; ein abler sozialpatriotischer Dreißel. Seit einigen Tagen hat der „Vorwärts“ viel Raum für das Aufzeigen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Deutschland, der katastrophalen Verelendung des Proletariats. Über 7 Millionen Volksgenossen sind auf vollständig unzureichende Unterstützung angewiesen. In seiner Nummer 272 bemerkt der „Vorwärts“:

„Rechnet man Kurzarbeiter und Arbeitslose zusammen, so ergibt sich, daß gegen Ende April kaum jeder dritte Arbeiter voll beschäftigt war, also in den vollen Genuß seines Tariflohnes gelangte.“

Über selbst die zu vollem Tariflohn Beschäftigten können sich nicht satt essen. Müß doch sogar der „Vorwärts“ konstatieren:

„Wo früher der färgliche Arbeitsverdienst kaum ausreichte, um den dringendsten Lebensbedarf zu decken, ist jetzt infolge der neuen Preiswelle Hunderttausenden von Familien die Möglichkeit genommen, auch nur die Kosten einer auf das Mindestmaß eingeschränkten Nahrung aus dem Arbeitslohn zu bestreiten.“

Für Kleidung, Haushalt, für noch so bescheidene Kulturbedürfnisse ist überhaupt nichts da. Man braucht nicht darüber zu reden; jeder Arbeiter fühlt es am eigenen Leibe; mit dem jetzigen Lohn rechnet er mit seiner Familie dem Trade entgegen.

Mit der Konstatierung dieser Tatsache ist der Arbeiter nicht geholfen. Das Jammern und Klagen des „Vorwärts“ muß ihr keinen Deut. Es bringt keine Brotkruste ein. Ja, der „Vorwärts“ weiß auch folgendes:

„Schwerverständlich kann mit Polizei und Gericht die Preisbildung nicht wesentlich beeinflusst werden.“

Und weiter liest man in dem Zentralorgan für Bettelei und Volkswirtschaftslehre das Nachfolgende:

„Wenn die Volksmassen über die maßloser Preissteigerungen, die grenzenlose Auswüchsellage, der sie bei lächerlich unzureichenden Löhnen ausgesetzt sind, in Bewegung geraten, dann schreit die deutschnationalistische Presse nach dem Schurmann.“

Streift sich der Leser nicht an den Kopf, glaubt er nicht an eine Sinaestruktion, wenn er so etwas im „Vorwärts“ liest? In demselben „Vorwärts“, der den Ausbruch der Hungersnöte im Industriegebiet als einen kommunistischen Drahtzieher, der im heiligen Gebiet und in Ober-Schlesien mit den Deutschnationalen um die Wette nach Polizei rief? In demselben „Vorwärts“, der in der gleichen Nummer seine übliche kommunistische Weisheit betreibt? In dem Organ des Herrn Feinert, der als Präsident im Reichstagen Landtag und Arbeitgeber der im Landtag Angehörigen, deren beschwerliche Forderungen abgelehnt?

Wie konnten die Sozialdemokraten, ihrer Presse und der Gewerkschaftsbürokratie alle Säulen der Parteienarbeit gern dermaßen man man ein Mittel an die Hand geben, was das Volk aus der Not herauskommen kann. Was empfindet man? Falschlich ruft der „Vorwärts“: „Sinnlos! Können die Arbeiter nicht selbst etwas tun?“ Und kräftig wertet der „Vorwärts“ gegen die Hartnäckigkeit der Kapitalisten, die den Arbeitern die nackte Existenz verweigern. Das tut er schon lange. Schon lange auch fordert er die Angleichung der Löhne an die Preise. Wir erinnern uns, daß der „Vorwärts“ auch eine erschrecklich komplizierte Kampf gegen den Bauer führt. Seit vielen Jahren unermüdetlich.

Aber — wir fragen: was hat der „Vorwärts“ und was hat die Sozialdemokratie für die Durchsetzung der Löhne Forderungen getan? An welche Adresse richteten sich die Forderungen? An die Adresse der kapitalistischen Regierung mit sozialdemokratischen Ministern, an die Adresse der Kapitalisten und Bauern. Und jetzt sind die mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie die Arbeiterklasse in das jenseitige Elend hineingetrieben. An diese Adresse richtet man die Forderungen: „Hinauf mit den Löhnen! Hinauf mit der Preisen!“

Das Proletariat als Klasse kann durch Vertreter von der herrschenden und mündelnder Klasse keine Besserung seiner Lage erlangen. Das Proletariat als Klasse muß den Kampf aufnehmen gegen die kapitalistische Klasse. Das will die Sozialdemokratie, das will der „Vorwärts“ nicht. Darum hat Jammern und Klagen über die Bettelei an die Adresse der Kapitalisten. Daher der lächerliche Versuch, mit solchen Mitteln die Arbeiterklasse noch weiter in Elend zu halten, die Bildung der proletarischen Einheitsfront, die Bildung von Abwehrbündnissen und Erstämpfung einer Arbeiterregierung unmöglich zu machen.

Oberschlesien und die deutschen Amsterdamer

Einem Artikel des Genossen O. Sobotta-Berlin entnehmen wir:

Die deutsche Großindustrie hat im Ruhrgebiet den Widerstand aufgegeben. Nur vereinzelte nationalistische Elemente versuchen den Anschein zu erwecken, als wenn die deutsche Bourgeoisie entschlossen wäre, den Widerstand bis zum Neuesten fortzusetzen. Die Großindustrie, vor allem die Kohlenkönige, haben durch die Ruhrbesetzung ein gutes Geschäft gemacht. Während der Kriegsjahre und auch der Nachkriegszeit wurden die Gruben mit allen Mitteln ausgebeutet, neue Querschläge, Richtstrecken oder Reparaturen wurden nur bei dringendster Notwendigkeit ausgeführt. Alles wurde nur auf die Steigerung der Kohlenförderung eingestellt. Alle Vorrichtungsarbeiten, die den Gewinn schmälerten, wurden bis auf bessere Zeiten Angezogen. Die zum Teil erfolgte Einstellung der Kohlenförderung während der Ruhrbesetzung hat den Grubenkapitalisten des Ruhrgebietes willkommene Gelegenheit, die verkommenen Grubenbaue wieder in Ordnung zu bringen. Die deutsche Regierung hatte sich zu verpflichten, den Unternehmern die Löhne für unproduktive Arbeit zu ersetzen, und die Grubenherren haben von diesem Angebot reichlich Gebrauch gemacht.

Für diese Bestätigung, die die Kapitalisten vorbereiten, gilt es jetzt den Boden zu schaffen, der es der deutschen Großindustrie, vor allem den Kohlenkönigen, ermöglicht, alle Lasten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Darum unerhörte Steigerung der Lebenshaltungskosten und rücksichtsloser Kampf gegen jegliche Lohnsteigerung. Diese verschärfte, rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiterklasse führte zu den Kämpfen, die sich im Mai im Ruhrgebiet abspielten, wo die Bergarbeiter sich in erster Linie gegen diese Vergewaltigung aufbelebten und zum Streik griffen. Besonders auch in Oberschlesien, wo die Bergarbeiter noch von dem letzten im April durchgeführten Kampfe, dessen Führung von den reformistischen Gewerkschaftsführern übernommen und der nachher durch ungünstige Vereinbarungen abgemußt wurde, erbittert waren, brach sich die Empörung Bahn. Schon am Montag, den 4. Juni, fanden vier größere Jochen im Streik, denen in den nächsten Tagen alle um Beuthen liegenden Gruben und Hütten folgten. In einer Konferenz der streikenden Jochen wurden die Forderungen aufgestellt:

1. Zur Abgeltung der infolge der enormen Teuerung in April und Mai viel zu geringen Löhne eine sofortige Nachzahlung von a) 300 000 Mk für Verheiratete mit Kindern; b) 250 000 Mk für Verheiratete ohne Kinder; c) 200 000 Mk für Ledige.
2. Lohnsteigerung um 100 Prozent rückwirkend vom 1. Juni.
3. Sofortige Wiedereinstellung derjenigen Arbeiter, die infolge gewerkschaftlicher oder politischer Funktionen entlassen wurden, einschließlich derjenigen, die wegen der vorliegenden Bewegung gemahnt wurden.
4. Rückzahlung der abgezogenen Debitorenlohn einh. der Hauskassenzettel, die einbehalten worden sind.
5. Zeitgemäße Bekleidung der Jugendlichen, Witwen und Hinterbliebenen, sowie der Invaliden.

Die Forderungen unter 3, 4 und 5 sind die selben, um die die Arbeiter bereits im April gekämpft haben. Sie zeigen, daß der Kampf von den Gewerkschaftsführern gebrachte Sieg nur ein Schein Sieg war. Jetzt wäre es deshalb die höchste Pflicht der Gewerkschaftsführer, sich des Kampfes anzunehmen und die Arbeiter zu empören, wenigstens ihre im April gegebenen Versprechen zu halten und die damals gemahnten Forderungen wieder einzufordern. Auf dem Wege der Herrschaftlichen der selben Natur wie im Ruhrgebiet, erklären den Streik als eine kommunistische Machtdemonstration zum Streik aus. Diese Aufhebung hat aber nur den Erfolg, daß weiter ein Werk nach dem anderen in den Ausnahmestadium.

Die Arbeiter haben aus allen Betrieben eine Einheitsfront, in die auch die Union der Hand- und Kopfarbeiter. Sie als einzige Organisation sich dem Streik sofort angenommen hat ein großes M. Die Einheitsfront umfasst eine Kommission aus Reichsarbeiter, und zu den Spitzen der arbeitgemeinschaftlichen Bergarbeiterorganisationen nach Beuthen. Die Forderungen der Streikenden vorzutragen. Obwohl die Kommission aus Mitgliedern der arbeitgemeinschaftlichen Verbände besteht, wurde sie von den Spitzen in geübter unehrlicher Weise behandelt. Wir nichtigsten Reberzentra wollte man die Arbeiter zu Hause halten. Man hat ihnen immer wieder vorgeschrieben, daß sie keine Beziehungen zum

Streiken hätten. Auf allen Wegen, die die Kommission machte, wurde sie von einer Spionagepartei verfolgt, sogar bis in das Hotel, wo sie unterrichtet wurde. Als die Kommissionsmitglieder dort schon ihre Betten bezahlte und sich auf die Zimmer begeben hatten, um sich schlafen zu legen, erschien auf einmal der Wirt und erklärte, daß er solche Gäste nicht beherbergen könne. Die vier Proleten erhielten ihr Geld wieder und mühten abziehen, um sich ein anderes Obdach zu suchen. Der Wirt war von einem Spion unterrichtet, daß es eine Kommission streikender Arbeiter war. Die Berliner Spionpartei konnte aber nur von den Gewerkschaftsführern auf die Kommission gebot worden sein, da sonst niemand von ihrer Anwesenheit in Berlin wußte.

Gen. Sobotta geht hier näher auf die Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz in Oelschitz, am 10. Juni, ein und sagt zum Schluß: „Das Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsführer auch in dem ober-schlesischen Streik zeigt der Arbeiterschaft ganz klar, daß diese Leute nicht einmal mehr gewillt sind, an der Seite der Arbeiterschaft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, sondern daß sie — auf Geheiß und Verberb mit der kapitalistischen Gesellschaft verbunden — es als ihre höchste Aufgabe ansehen, die Kämpfe der Arbeiterklasse zu sabotieren und zu hintertreiben. Diese Machinationen der reformistischen Gewerkschaftsführer zu durchkreuzen, ist unmöglich zu machen, ist die wichtigste Aufgabe der gelamten Arbeiterschaft.“

Zur Streiklage in Oberschlesien

Bericht der Berliner Delegation

Oelschitz, den 13. Juni.
Am Nachmittag fand im Garten des Hütten-gasthauses eine Vollversammlung aller Streikenden statt, die von über 3000 Arbeitern besucht war. Das sozialdemokratische Mitglied der Delegation nach Berlin, Michail, berichtete über die Verhandlungen, die er im Interesse der Streikenden in Berlin geführt hatte. Er führte aus: Die maßgebenden Berliner Stellen legte alle Hebel in Bewegung, um die Delegation der Oberschlesier nicht zu Wort kommen zu lassen. Am Tage der Ankunft der Delegation verlangte diese, zu den Verhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Gewerkschaften im Arbeiterministerium zuzulassen zu werden. Das wurde ihnen mit der Begründung abgelehnt, daß die Lohnverhandlung schon im Gange wäre, und sie infolgedessen nicht an mehr anzuhören würden. Ohne die Würdige der besten Vertreter der ober-schlesischen Arbeiter, der von ihnen nach Berlin delegierten anzuordnen, wurden die Verhandlungen innerhalb von drei Stunden durchge-pöbeln. Das Resultat dieser Schnellkonferenz ist bekannt. Die Delegation bemühte sich nun, den Reichstagsmitgliedern selbst zu sprechen, was ihr aber erst im Laufe des zweiten Tages gelang. Da sich sogar die Sener des Reichstages gegen die Arbeiter der Delegation verhielten zu haben schienen. Ein treffender Beleg dafür: Michail verfuhr, nachdem der Delegation von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion jede Verhandlungsbasis abgelehnt hatte, den Genossen Koenen (KPD) zu sprechen. Ein Sener wurde nach dem Genossen Koenen ge-schickt, es wurde gerufen und telefoniert, der Genosse Koenen wurde nirgends gefunden. Als er dann doch noch erreicht wurde, erklärte er der staunenden Delegation, daß er schon 4 Stunden auf den angekündigten Besuch warte. Der Arbeiterminister Braun, der aus dem Sitzungssaal geflohen wurde, erklärte, daß er persönlich nichts für die Streikenden tun könne. Er verwies sie an die maßgebenden Instanzen, nämlich an die gewerkschaftlichen Arbeitervertreter.

Auf dieses Anrufen hin verließen die Delegierten den Herrn Minister, der ihnen mit durchaus nicht geistreichen Gesicht nachsah. Die Delegation hat in Berlin klar erkannt, daß die Männer des Parlamentes, ausgenommen die KPD-Fraktion, in keinem Maßstab mit den Massen gehen und sich ihrer proletarischen Herkunft und ihrer proletarischen Kassenangehörigen schämen.

Wenig normal wird die Streikleitung noch einen letzten Versuch machen, sich mit den Gewerkschaften zu einigen. Auch wird eine neue Delegation nach Oprein fahren, um bei dem Deputationskommissionar das Menschenmögliche zu tun, die Forderungen der Streikenden durchzusetzen. Sollten die Einigungsversuche scheitern, dann sind die Streikenden zu organisieren, um die nächsten Schritte der Streikleitung zu greifen.

Der letzte Beifall bei den Ausfahrungen des Gen. Michail ließ den ungebrochenen Kampfwillen der Arbeiter erkennen.

Der Leiter der Besetzung verließ dann das parlamentarische Palais eines Betriebsrates mit folgenden Worten:

Belagerung: Morgen, den 14. Juni 1923, früh 6 Uhr finden in Oelschitz und um 7 Uhr im Arbeiter-Betriebsratversammlungen statt. Die Besetzung der Stellungnahme zum Streik und zur Einstellung über die Streikleitung. Der Vertreter der Streikenden der Oberschlesien-Industrie-Gewerkschaft, Gen. Michail.

Die kleine Herr befand sich in der Verlamung und ließ die Freiheit sich zum Wort zu melden. Um ein arbeitsloses Leben zu führen, vor der Gestalt anstehendes. Mit der Menge zu kämpfen, geleitet von Mitgliedern der heiligsten der „Vergewaltigung“ Frei-tretenden aus den Reichslandgärten. Auf der Straße wurde er von einem der provozierend aufstrebenden Gänge übergeben.

mer durch einen hinteren Ausgang die Versammlung. Dem turbulenten Beherrscher der Grünen legte vor But das Blut in den Kopf. Ein Auto mit neuen Gruppen rüde als bald heran. Den Bemühungen der Streikleitung gelang es indessen, den Polizeipräsidenten zur Zurückziehung aller provozierenden Schupos vor dem Lokal der Streikleitung zu bewegen.

In Beuthen versammelten sich auf den Ruf der Zentralleitung gegen Abend an 40 000 Menschen, um auch hier den Bericht über die Berliner Verhandlungen entgegenzunehmen. Auch hier mußte der ungebrochene Kampfwillen der Arbeiter festgestellt werden. Allerdings hat sich in Beuthen die Kaufmannschaft in größtmöglicher Weise den Streikenden zur Verfügung gestellt. In jedem Tage können an ca. 23 000 Personen Verpflegung oder Mittagessen zur Verfügung gestellt werden.

In Hünneburg versammelten sich wiederum gegen 25 000 Streikende. Hier, wo die Sozialdemokratie Oberschlesiens ihr Heißblatt, das sogenannte „Volkswort“ herausgibt, mußte auch der ungebrochene Kampfwillen der Streikenden festgestellt werden. Von den Sozialver-trägswählern waren auch die Union der Hand- und Kopfarbeiter wolle den Streik abbrechen. Da aber die Union sich wohl als einzige Arbeiterorganisation dem Streik angeschlossen hatte, aber leinabwegs den Streik wünschlich führt, kann logischerweise nur die Streikleitung, welche sich bekanntermaßen aus Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen zusammensetzt, über Weiterführung oder Abbruch des Streiks entscheiden. Es liegt für jeden klar auf der Hand, daß die Kräfte alle, auch die gemeinsten und niedrigstwertigen Mittel anzuwenden, um die hier geschaffene Einheitsfront des Proletariats zu stören.

Neue Preise

Berlin, 15. Juni.

Der Staat hat gestern eine 31prozentige Erhöhung seiner Preise bekannt. Das ist die dritte Preiserhöhung im Monat Juni. Die Preise stiegen z. B. auf das 3400fache des Friedens.

Ebenfalls wird eine neue Brotpreiserhöhung angekündigt, die für das Marktbrot 10 Prozent, für das marktfreie Brot noch erheblich mehr, entsprechend den neuen Getreidepreisen betragen soll.

Befolungsreform

Die kommunistische Fraktion brachte im Reichstag folgende Resolution ein: „Die Regierung zu ersuchen, alsbald dem Reichstag Vorlage über eine Umänderung des Beamtenbefolungsgesetzes vom 30. April 1920 zu machen, monach in der Befolungsordnung die 13 Gruppen der aufsteigenden Gehälter in höchstens 5 Gruppen zusammengezogen und die Einzelgehälter der Gruppe B mit eingruppiert werden.“

Alle künftig notwendig werdenden Teuerungszulagen sind in Form eines einheitlichen Kopfschlags und nicht mehr nach Hunderteilen des Grundgehalts zu gewähren. Mit den Teuerungszulagen sind Kinder- und Frauenzulagen entsprechend zu erhöhen.“

Beide Resolutionen wurden abgelehnt, selbst die USPD stimmte dagegen.

Fünfzehn Millionen Lohnempfänger sollen sterben oder auswandern

Das englische Arbeiterblatt „Daily Herald“ behandelt das neue Angebot der Sunoregierung und die damit zusammenhängenden Pläne der Stimmesierung der Eisenbahnen und Staatsbetriebe, sowie des Budgetausgleichs. Das Blatt schreibt zu diesen Plänen:

„In der Tat ist es klar, daß es im Falle der Verwirklichung dieser Pläne, — des bedeutungsvollsten Vorschlags der deutschen Regierung seit dem Waffenstillstande — in Deutschland fünfzehn Millionen Menschen zu viel geben wird. Diese werden entweder auswandern oder aussterben müssen.“

Kommentar überflüssig.

Kommunistenpogrome in Württemberg

Die Mittwochnummer der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ in Stuttgart wurde vom Staatsanwalt wegen eines Artikels „Schlageter“ beschlagnahmt. Der verantwortliche Redakteur, Landtagsabgeordneter Stoeder, wurde unter Druck seiner Immunität verhaftet.

In der nächsten Zeit soll der große Prozeß gegen die Stuttgarter Metallarbeiter wegen des Streiks vom vorigen Jahre stattfinden, in dem 68 Arbeiter angeklagt sind.

Zusammenbruch der Pariser Komplottheke

Paris, 13. Juni.

Der Untersuchungsrichter Jouffelin, der mit der Führung des Kommunistenprozesses betraut worden war, hat heute diesen Prozeß einfach fallen lassen. Die Anklage wird nur gegen diejenigen Kommunisten oder Anarchisten aufrechterhalten, die der Anreizung der Soldaten zum Ungehorsam angeklagt waren. Auch die Klage gegen Höllein ist gleichfalls fallen gelassen worden.

Nach diesem Entschluß soll Genosse Höllein angeblich abgeführt werden.

Stoeder verhaftet

Düsseldorf, 13. Juni.

Französische Offiziere verhafteten in Revingen den Reichstagsabgeordneten Genossen Walter Stoeder. Er wurde nach Brecken transportiert.

Aus Breslau

Stadtverordnetenversammlung

Die der geordneten Stadtverordnetenversammlung vorgelegene Tagesordnung fand eine rasche Erledigung. Aus den zur Abstimmung stehenden Vorlagen wählten die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an die städtischen Speisehäuser (in Höhe von über 50 Millionen Mark) herabzusetzen. Auch soll die städtische Einkommensteuer, die Oberbürgermeister Wagner ausführt, wieder fortgesetzt werden, so daß der Spielplatzbetrieb vorläufig nicht gefährdet erscheint.

Die Preise für Benutzung der Brauereiväder wurden leider wieder erhöht. Ebenso die Gebühren für die Benutzung der Wasserkanalisationen.

Die Gebühren für die Inhaber der Markthallenstände wurden ebenfalls heraufgesetzt, noch haben die Markthallenstandhaber, wie Stadtherrordner Frey zahlenmäßig Beweismittel gar keine Ursache, das Märchen zu verbreiten, daß nur die städtischen Gebühren Schuld seien an der Verteuerung der Lebensmittel.

Zußer diesen Vorlagen wurden noch einige kleinere Geld- und Wiesenangelegenheiten schnell zur Abstimmung gebracht, so daß der Stadtverordnetenvorsteher Bandmann in der angenehmen Lage war, die Sitzung noch vor 5 Uhr schließen zu können.

Ebert filmt

Am 11. Theater am Tauentzienplatz soll gegenwärtig ein Programm im Film: „Die Feier der ersten Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt a. M.“ zunächst das übliche Bild: Ebert, Zylinderhüte, aufgespannte Regenschirme, Zischentöne und Hurraufe. (Bestere kann man zwar nicht hören; man sieht nur, wie sich die Fahnen der Leute, die sich so für Ebert begeistern, blauehalbig auf- und abbewegen.) Ort der Handlung: Frankfurter Hauptbahnhof.

Dann sieht man Aufzüge mit schwarz-rot-goldenen Fahnen, Musikballetten und wieder allerhand Leute mit Zylinderhüten geschmückt. Sowie man diese Zylindergeschmückten im Filmstreifen erkennen kann, machen sie einen merkwürdig altmodischen Eindruck. Die Gesichter scheinen gar nicht recht zu dieser „Feierfeier“ zu passen. Man sagt sich unwillkürlich, diese Leute würden vielleicht morgen schon Lubendoff oder Hitler jubeln. Doch das mag dahingestellt bleiben.

In jedem Falle sieht man sich vergeblich nach Arbeitern bei diesem gesimten Rummel um. Und nun Herr Ebert, Deutschlands Vater. Er spricht salbungsvoll (wie immer) von einem Ballon zu den Massen der — Frankfurter Bourgeoisie. Redet vom Turnwater Jahr (!) (dies ist kein Scherz, sondern wird in dem Film ausdrücklich bemerkt!) und anderen Dingen der deutschen Vergangenheit. Schade, daß die Kinokapseln dazu nicht „Heil dir im Siegerkranz...“ spielte. Ob dieses schöne Stes in Frankfurt erlöste, entzieht sich unserer Kenntnis. Bei rebusartigen Fettern hat man ja schon viel Erbauliches erlebt. — Irgend jemand machte die Bemerkung: „Ganz wie zu Wilhelm's Zeiten.“

Man muß diesem Kinobehälter beistimmen. Das Ganze wirkte wie ein Sedanrummel aus den gottgesegneten Zeiten Wilhelms. Ebert und Ebert hatten wieder einmal ihren großen Tag. Aber die „Volkswacht“ verschweigt schamhaft das Auftreten ihrer Prominenten im „Ma“.

Polizeiliche Phraseologie

Der frühere Königlich Preussische Staatsanwalt und jetzige Breslauer Polizeipräsident Kleibömer veröffentlicht in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ einige Randbemerkungen zum Thema: „Polizei und Presse“. In diesen Randbemerkungen überschlägt sich Herr Kleibömer förmlich vor Humanität und entdacht der Verantwortlichkeit vor friedliches Herz. Man solle doch der Arbeit der Polizei mehr Verständnis entgegenbringen und sich durch Übergriffe derselben nicht gleich verbittern lassen, denn sie (die Schupo) sei doch nicht bloß dazu da, um zu strafen und zu rächen — das wäre nur eine urchimliche Auffassung böser Menschen — sondern auch um zu schützen und zu verteidigen.

Der Grundgedanke der „Randbemerkungen“ ist der: Kinder seib doch hübsch gemütsch, und schreit nicht gleich so laut, wenn euch ein „Grüner“ wirklich mal auf Maul schlägt, es ist ja doch alles aus — Liebe!

Doch Spafs beiläufig. Mag der frühere Staatsanwalt Kleibömer uns noch so sehr in Form von Randbemerkungen seine Unparteilichkeit und Gerechtigkeit verflüchten — sein Kampf gegen die Breslauer SPD zeigt den klaffenden Widerspruch zwischen brutaler Wirklichkeit und diesem höflichen Randbemerkungsgelächel.

Erst dieser Tage wurden unsere Genossen Pöckner, Hartig, Müller und Rogal plüschig verhaftet, und aufs Polizeipräsidium geschleppt, weil man bei ihnen Material über proletarische Hundertschafften vermutete. Wie will Herr Kleibömer solche Gewaltmaßnahmen gegen eine anerkannte Partei mit seiner Objektivität vereinbaren? Wir fragen Sie, Herr Polizeipräsident, ob Ihnen der Kampf gegen reaktionäre Burschenschaften ebenfalls Sorgen verursacht, wie gegen uns? Wollen Sie im Ernst behaupten, daß Ihnen reaktionäre „Anführer“ ebenso ein Greuel sind, wie wir?

Es hat noch kein Staatsanwalt aus seiner Haut herausgelöst. Diese „Randbemerkungen“ mögen subjektiv ehrlich gemeint sein. Aber das bisherige Handeln der Polizei gegen uns beweist schlagend genug, wie weit dieselbe noch vom Geiste der „Randbemerkungen“ entfernt ist. Es sollte uns aber freuen, wenn in Zukunft die „Randbemerkungen“ als Leitlinien dienen würden. Bisherige können wir dann in die angenehme Lage, eine Besserung konstatieren zu können.

† Beihilfen für Instandsetzungsarbeiten an Häusern und Wohnungen aus Mitteln der provisorischen Erwerbslosenfürsorge können nur ge-

währt werden für Arbeiter, die bis zum 30. Juni d. J. beendigt sind. Aufträge auf Bewilligung solcher Beihilfen sind bis spätestens 27. d. Mitt. im Magistratsbüro XXI, Pöckner, Mah 14, Poststraße 1, 2. Stock, Zimmer 19 (Fernsprecher Mag. 426) zu stellen. Beihilfenberichtigte Beihilfen verlangen nicht zur Auszahlung, wenn die Arbeiten nicht in der im Einzelfalle festgesetzten Frist begonnen und beendet worden sind. In diesen Fällen muß zur Erlangung der Beihilfe ein neuer Antrag bis zum genannten Zeitpunkte gestellt werden. Die Beihilfe beträgt zur Zeit 9500 Mark für den achtstündigen Arbeitstag eines Erwerbslosen!

Wegen Erneuerung der vier einseitigen Abzweigungen Kaiserstraße, Ecke Biergartenstraße müssen die Straßenbahnwagen der Linien 18 und 21 während der Bauzeit, vom 18. d. Mitt. durch die Biergartenstraße-Scheitelstraße-Abzweigungsstraße-Verlängerung geleitet werden. Von dort aus fahren sie im alten Zuge weiter.

Schwerathlet. Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Breslau. In der statistischen Bezirksberichterstattung in Oels wurden den anwesenden Sportkollegen durch den technischen Leiter Dackhoff die einzelnen Leistungsarten im Ringen, sowie Gewichtsklassen demonstriert. In der anschließenden Sitzung wurden die Resultate vom letztstatischen Dreikampf anläßlich des Kreisfestes bekannt gegeben: 2. Steiner wurde R. Wengler, 3. W. Post, beide „Herold“, Sacrau, 11. E. Kisse, Arb.-Athlet. Verein Breslau. Ferner wurde beschlossen, am 1. Juli einen Stafettenlauf, offen für sämtliche Bezirksvereine, zu veranstalten. Die Stärke der Mannschaft beträgt 20 Mann. Start ist um 9 Uhr an der Turnhalle Fürstenstraße; die Strecke führt von Scheinrig durch das Ober- mit dem Ziel Ring. Am 8. Juli, nachmittags 2 Uhr, bringt der Bezirk seinen traditionellen Mannschafstkampf Nord-Süd im Ringen und Gewichtheben in 8 Klassen in der Turnhalle Waterloostraße zum Austrag. Infolge schwerer Erkrankung des 1. Vorstehenden hat Sportgenosse Jany (Germania 97), Höfchenstraße 8, die Leitung der Bezirksschlichtung übernommen. Die nächste Bezirks-schlichtung findet am 24. Juni in Sacrau statt.

Sprechchor!

Der Sprechchor versammelt sich am Freitag, den 15. Juni, um 8 Uhr abends in der Bratislawia.

Aus der Provinz

Sofel Nationaler Rummel. Am Sonntag fand in Sofel bei Breslau die Einweihung des Kriegereinfahrts, die im großen und ganz in ein nationaler Rummel war. Zuerst hielt der Gemeindevorsteher eine kurze Ansprache und übergab den Stein der Öffentlichkeit. Dann trat Frau Krien aus Sofel ein Gedicht zu Ehren der Gefallenen vor. Nach ihr sprach Pastor Bedere von der Paulskirche. Wie allgemein bekannt will dieser Herr es sich mit den Arbeitern nicht verderben und seine Rede ist immer auf die Zubehör eingestrichelt. Aber eine Glanzleistung leistete sich Pastor Bedere doch, indem er sagte: „Die Gefallenen sind hinausgegangen, um ihr Land, in dem sie wohnen und geboren sind, ihre schlesische Heimat, nicht verwüsten zu lassen.“ Den Höhepunkt erreichte der katholische Pfaffe von St. Nikolai. Er redete alles mögliche durcheinander, wie die Bierischpolitiker im Schweidnitzer Keller. Ohne Kapital keine Arbeit und ohne Arbeit kein Wohlstand, das war der Kernpunkt seiner Rede. Als letzter Redner erschien vom Reichsbund der Kriegeschädigten Rogall. Er wies auf das große Elend, das der Krieg verursacht hat, hin und gab die Parole aus, gegen den von den Reaktionären angestrebten neuen Krieg und für die Völkerverbrüderung zu kämpfen. Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher hatte es sich nicht nehmen lassen, im Vorfeld mit dem angestrichelten Eisenkreuz umher zu spazieren. Die Arbeiter müssen gegen ein derartiges Verhalten eines Gemeindevorstehers, der ein Arbeitervertreter sein will, ganz energig Stellung nehmen.

Landeshut. Zur Stadtverordnetenwahl hielt am Sonntag, den 9. Juni, im schwach besetzten Kaiseraal der sozialdemokratische Bürgermeister aus Moiss eine Rede. Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß wohl das Elend immer größer wird, und daß daran Schieber und bürgerliche Regierung neben dem Kriege die Schuld tragen, aber kein Ton davon, daß man mit dieser Politik Schluss zu machen habe. Wenn der Redner es auch vermie, die Koalitionspolitik zu empfehlen, so konnte ein aufmerksamer Zuhörer herausfinden, daß der Redner mindestens stillschweigend Anhänger dieser Politik ist. Den zu wählenden Gemeindevorstehern empfahl er, Wohlfahrtspolitik in den Kommunen zu treiben. Die vom Redner aufgeworfene Frage: „Was bringt uns die Zukunft?“ sah er sich außerstande zu beantworten. Es gehört schon eine starke Portion Bescheidenheit dazu, wenn der Redner erklärt, daß die Stadt eine mustergültige Wohlfahrtspflege habe. Dabei gibt es nicht eine Stadt in Deutschland, wo die Armut so zu Hause ist wie in Landeshut. Das was an Wohlfahrtspflege geleistet wird, ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Empfohlen wurde der Bau von Wohnungen. Aber von was bauen, wenn die Gelder dazu fehlen. Der frühere USG-Genosse Lehmann, der als erster Diskussionsredner sprach, meinte, daß wenn die verflochtenen Tätigkeit der Stadtverordneten nicht so erfolgreich gewesen sei, wie sie hätte sein müssen, so liegt dies an der Unerfahrenheit. Genosse Scholz erklärte, daß er der Versammlung nur beiwohne, um sich gegen die Entstellungen, die die „Schlesische Bergwacht“ gebracht hätte, zu wehren. Durch die jahrelange

Geschichte des Parlamentarismus ziehe sich die absolute Negativität. Immer und immer wieder schaltete man die Parlamente bei den wichtigsten Lebensfragen für das Proletariat aus. Trodem geben die Kommunisten in die Parlamente, um für das Proletariat das Beste mit herauszuholen, aber zugleich zeigend, daß mit dem Nur-Parlamentarismus die Erlösung des Proletariats nicht zu erreichen ist. Die Furcht vor der proletarischen Diktatur ist nur krankhafte Einbildung. Die bauende Diktatur der Kapitalisten wird als etwas selbstverständliches hingenommen. Solange die großen Massen so eingestellt bleiben, solange wird auch die entsehlische Verelendung bestehen. Die Ausführungen der folgenden SPD-Redner und das Schlusswort des Referenten bewiesen aufs Neue, daß die Sozialdemokratie die größte Gegnerin der proletarischen Diktatur ist. In Textilarbeiterkreisen scheint, nach dem Besuch zu urteilen, die Sozialdemokratie nicht mehr viel Anhang zu haben, denn der Besuch in der Versammlung war nur ganz vereinzelte auf. Sang- und Klanglos wurde dann gegen 10 1/2 Uhr die Versammlung geschlossen.

Steban. Der Herr Stadtrat redet. Am 8. Juni fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die von der SPD einberufen war. Die SPD hatte sich für diese Versammlung einen Stadtrat Müntzer beschreiben, der über den „Bankrott der Cuno-Regierung“ sprach. Der Saal zeigte eine gähnende Leere und wenn nicht die SPD-Mitglieder erschienen wären, hätte der Herr Stadtrat vollkommen vor leeren Stühlen geredet.

Der Redner begann mit dem 30-jährigen Kriege um so allmählich auf die Gegenwart zu kommen. Er sang ein Loblied auf die Wirtschaft, jammerte über Stimmes, der so viele große Betriebe und Zeitungen in Besitz habe und kam zu dem Schluss: Die Cuno-Regierung habe Bankrott gemacht. Er sagte aber nicht weshalb und warum. Er redete so um die Sache herum, daß man deutlich sah, daß er weder Cuno noch Stimmes wehe tun wollte, um der SPD nicht die Aussicht auf den Eintritt in die große Koalition zu nehmen. Dann schwächte er noch ein wenig über die Hamburger Einigungsstimmung. Im Gegenatz zu der SPD-Presse gab der Stadtrat unumwunden zu, daß es sich beim Streik in Ruhgebiet nicht um einen Kommunismusputsch, sondern um eine Selbsthilfeaktion der Hungernden und ausgebeuteten Arbeiterschaft handelte. Ja, er mußte sich sogar dazu aufschwingen und erklären: Die SPD wird in ihren Reihen keine unsauberen Elemente dulden, sondern sie hat sie bisher immer sehr schnell aus der Partei entfernt. (Das selbe kann man von der

SPD. Wie ja nicht lagen. Hölzlag, Kalk, Bevering, Leinert sind auch heute noch Mitglieder dieser Partei.) In der Diskussion fragte Genosse Raabe den Referenten, warum wohl Sebering die proletarischen Hundertschaften verboten habe, worauf der Herr Stadtrat nicht zu antworten wagte, sondern erklärte, daß er keine Zeit mehr habe, da er abfahren müsse. Das erregte dann bei der Versammlung stürmische Heiterkeit. Zum Schluss stimmte die Versammlung die Internationale an und ging auseinander. Der Herr Stadtrat aber wird kaum von seinem Erfolge in Oelsau berührt sein.

Waldburg. Kinderstellung und Unterernährung. Von der Professur des Magistrats ging ein Bericht über das Ergebnis einer ärztlichen Untersuchung zum Zwecke der sog. Quaderstellung ab. Dem mit folgendes entnommen: Untersuchung für die Quaderstellung wurde im Schuljahr 1922-23 sämtliche Schüler des Stadtbezirks Waldburg. Von insgesamt 8875 Kindern der Volksschulen wurden als Mangelbedürftige 650 der Quaderstellung unterzogen. Die Zahl der Speisungsbedürftigen überhaupt war eine weit größere. Die erwähnten 650 waren diejenigen, deren Körperlicher Zustand die allerschwerste Mangelernährung erforderte.

Auch die höheren Schulen mit insgesamt 1007 Schülern boten ein recht erschreckendes Material solcher Kinder, die einer Verbesserung der Ernährung dringend bedürftig sind; es wurden 40 festgestellt.

Die schulärztlichen Untersuchungen des letzten Jahres lassen eine Besserung des Gesundheits- und Ernährungszustandes im allgemeinen festzustellen. Ganz durchgängig ist bei den Kindern die Quaderstellung zurückgegangen. Mit wenigen Ausnahmen wurden diese Kinder als unter dem Durchschnittsmaß und unter dem Durchschnittsmaß festgestellt. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Kindern aus ärmeren Familien geschenkt, da schon nach einigen Untersuchungen bemerkt wurde, daß diese durchweg hinter den Kindern aus kinderarmen Familien zurückgeblieben waren. Weiber ist die Zahl der elenden Kinder eine recht große, da besonders in Arbeiterkreisen von einer Mangelernährung der Kinderzahl nicht die Rede ist. Erkennung der Kinderkrankheiten, Bronchialkatarrhe, Tuberkulose, sind unter den Schulkindern in erheblicher Zahl vorgefunden. Wegen Unregelmäßigkeit, allgemeiner Schwäche, wurden zahlreiche Schüler anfangs vom Schulbesuch zurückgestellt.

Der Bericht verschweigt leider genauere Angaben über den tatsächlichen Gesundheitszustand der untersuchten Kinder. Aber auch aus dem, was aus dem Ergebnis der Untersuchung zu entnehmen ist, ergibt man mit erschreckender Deutlichkeit die verheerenden Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit. Bis in die Kreise der Kinder höhere Schulen besuchten, ist die Verminderung der Gesundheit fortgeschritten. Immer größeren Umfang wird diese Verelendung annehmen, solange eine kleine Schaar Freiberger auf Kosten der Existenz eines ganzen Volkes ihr Drogenleben führen kann.

Betrieb - Gewerkschaft

Neue Wohnläge im Balleidungsgewerbe

Die Epigehöhne betragen: Herrenmaßschneider vom 3.-9. 6. 2350 Mt., vom 10.-16. 6. 2650 Mt., vom 17.-23. 6. 3000 Mt., Damenmaßschneider vom 3.-9. 6. 2470 Mt., vom 10.-16. 6. 2730 Mt., vom 17.-23. 6. 3150 Mt., Damenschneiderinnen vom 3.-9. 6. 1850 Mt., vom 10.-16. 6. 1850 Mt., vom 17.-23. 6. 2100 Mt.

Herrenkonfektion: Der Stückzuschlag beträgt ab 11. Juni 292000%. Epigehöhne: Schneider 167330 Mt. pro Woche, Gruppenführer 3038 Mt., Bügler 3001 Mt., Schneider 2969 Mt., Maschinennäherinnen 1893 Mt., Handnäherinnen 1580 Mt. pro Stunde.

Zwischenmeisterbetriebe: Schneider und Bügler 2511 Mt., Maschinennäherinnen 1780 Mt., Handnäherinnen 1508 Mt. pro Stunde. — Auf die Löhne der Lohnwoche vom 4. 6.-10. 6. werden 40% nachbezahlt.

In der Wäschebranche betragen die Zuschläge: Herrenmaßwäsche 20376%, Bettwäsche 15224%, Heimarbeiterrinnen (Stapelkonfektion) 10452%, Wäschebetriebe 58% auf die Maßlöhne ab 16. 6. 23.

Damenkonfektion: 13500% bis 23. Juni.

Zum Mühlenarbeiterstreik in Ober-Moiss

wird vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Breslau, eine Notiz in die Presse gegeben, in der es unter anderem heißt:

„Seit dem 23. Mai steht die Belegschaft der Mühlenwerke Boigt und Unberrieh in Ober-Moiss im Streik und es ist noch keine Aussicht, daß dieser Streik beigelegt wird. Zuerst ein reiner Lohnstreik, hat sich dieser Streik zum Maßregelungskampf ausgewachsen, weil alte, vernünftige Leute, die jahrelang bei der Firma beschäftigt sind (darunter auch der Betriebsrat), nichts anderes taten, als von ihrem gewerkschaftlichen Recht, dem Streik, als letztem Mittel, Gebrauch zu machen.“

In einer Bekanntmachung der Mühlenwerke Ober-Moiss in der „Neumarkter Zeitung“ vom 3. Juni erklärt der befreite Betrieb, daß die Arbeiterkraft ohne vorherige Bekanntgabe und ohne alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, in den Streik getreten war. Dies ist unmaß! Im Gegenteil war bereits am 24. April der gesetzliche Schlichtungsausschuss in Neumarkt angerufen worden und da die dortige Arbeiterschaft durch Nichttragung des Schlichtungsausschusses einen großen Schaden erlitten, weil sie mit ihrem Lohn im Rückstand blieb, befaßte sich die Arbeiterschaft in Abwesenheit

eines Organisationsvertreters mit der Lohnfrage und beschloß in geheimer Abstimmung den Streik. Trodem ist von der Organisation vor und gleich nach Ausbruch des Streiks versucht worden zu Verhandlungen zu kommen. Der Organisationsvertreter wurde jedoch jedesmal abgelehnt. Das ist der tatsächliche Sachverhalt.

Um die Bevölkerung durch die unvollständigen Bekanntmachungen der Mühlenwerke Ober-Moiss in der „Neumarkter Zeitung“ aufzuklären, wurde bei der „Neumarkter Zeitung“ versucht, ebenfalls ein Inserat von der Organisation in diese Zeitung aufnehmen zu lassen. Dies wurde auch zugelassen. Das Inserat wurde jedoch nicht gedruckt und auf Reklamation hin erklärt: Inserate von Arbeiterseite können nicht aufgenommen werden, ehe der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei darum befragt ist.

Der Streik geht weiter, weil Herr Boigt sich mit der neuen Zeit nicht abfinden kann, da seine Angestellten Streikbrecherarbeit leisten und außerdem sich zwei andere gefunden haben, die außer dem Streik in den Rücken gefallen sind. Herr Boigt will Herr im Hause sein. Zu den Mühlenwerken Ober-Moiss gehören auch die Sominalmühle in Schönwitz bei Ingramsdorf und die Mühle in Schmellwitz.

Es dürfte nach unserer Meinung an der Zeit sein, daß der Verband dem Kampf der Mühlenarbeiter in Ober-Moiss eine breitere Basis gibt. Arbeiter in Ober-Moiss eine breitere Basis gibt

Streikaboture an der Arbeit

In der am 13. Juni in Schmellwitz stattgefundenen Versammlung der streikenden Bergarbeiter gab Genosse Franz-Waldburg Bericht über den Stand der Streikbewegung in Ober- und Niederschlesien. Er verstand es ausgezeichnet, den Versammelten nochmal die Ursachen des Streiks vor Augen zu halten, die zu der spontan aus den Massen hervorgehenden Bewegung führte. Durch die erneute Marktentwertung entwickelte sich eine ungeheure Teuerung. Das immer energischer mit düren Singen an den Hüften der Proleten hochgehenden Hungergeistes, das ihnen der Schaffenden in kürzester Zeit wöllig in den Abgrund der Verelendung gestoßen zu werden, das alles und noch mehr einte die Arbeiter über die

